

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wortführer: Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Hrsg.-Rat).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 33.

Berlin, Mittwoch, 26. April 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

14. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Textilarbeiter. — Vierte ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Frauen und Mädchen. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

## 14. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Textilarbeiter.

(Schluß)

Den Kassenbericht für die Verwaltungsperiode 1908—1910 erstattete der Hauptkassierer Max Bierhub. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen im Jahre 1908: 45 092,64 Mark, 1909: 42 430 Mark, 1910: 46 796,43 Mark; die Ausgaben 1908: 43 268,71 Mark (davon Arbeitslosen-Unterstützung 13 349,66 Mark, Streik- und Ausperrungsunterstützung 1083,50 Mark, Maßregelungsunterstützung 524,50 Mark, Reiseunterstützung 404,59 Mark, Ueberlieferungsbeiträge 1019,38 Mk., Rechtschutz 407,93 Mark); 1909: 40 805,63 Mark (davon Arbeitslosenunterstützung 9012,62 Mark, Streik- und Ausperrungsunterstützung 2154,67 Mark, Maßregelungsunterstützung 794,50 Mark, Reiseunterstützung 278,69 Mark, Ueberlieferungsbeiträge 698,36 Mark, Rechtschutz 420,51 Mark); 1910: 44 645,21 Mark (davon Arbeitslosenunterstützung 10 222,48 Mark, Streik- und Ausperrungsunterstützung 3183,63 Mark, Maßregelungsunterstützung 919 Mark, Reiseunterstützung 436,50 Mark, Ueberlieferungsbeiträge 1069,52 Mark, Rechtschutz 856,61 Mark). Das Vermögen des Gewerksvereins betrug Ende 1910: 40 243,80 Mark.

An diese Berichte schloß sich eine lebhaftere Besprechung, in der allseitig den geschäftsführenden Beamten volle Anerkennung für ihre rege Tätigkeit gezollt wurde. Auf Antrag des Hauptkassenrevisors Budich-Spremborg wurden der Hauptkassierer und der gesamte Vorstand einstimmig entlastet.

Nächster Punkt der Tagesordnung war der Vortrag des Verbandsvorsitzenden Goldschmidt über „Die neuere Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine“. In klaren, lichtvollen Worten schilderte der Redner die Entwicklung der Gewerksvereine in den letzten Jahren und die Bildung und Tätigkeit der neueren Arbeiterorganisationen, insbesondere der christlichen Gewerkschaften sowie der gelben Gewerkschaften, die, einestheils gestützt und beiderseitig von der katholischen Geistlichkeit, andererseits von den Arbeitgebern, insbesondere den Großindustriellen, den auf religiös und politisch neutralem Boden stehenden, aus eigener Kraft entstandenen und ohne jegliche Mit Hilfe vorwärts strebenden Gewerksvereine eine große Konkurrenz geworden sind, um so mehr, da die wirtschaftliche Lage ihnen günstig war und ist, und die sozialdemokratischen „freien“ Gewerkschaften durch ihren Terrorismus immer neues Wasser auf die Mühlen dieser Verbände gossen. Trotz aller Anfeindungen und Anwendung der unlautersten Mittel seitens der Gegner, bewegt sich der Verband der Deutschen Gewerksvereine wieder in aufsteigender Linie, und wie die sozialpolitischen und Wohlfahrtsvereine der Gewerksvereine für alle anderen Organisationen unübertrefflich und maßgebend waren — dieses Verdienst der Gewerksvereine müßte für alle Zeiten unantastbar dastehen — so würden sich die Ideen und die Prinzipien derselben doch immer mehr Bahn brechen zum Wohle des gesamten deutschen Arbeiterstandes und des deutschen Vaterlandes. Aufgabe und Pflicht jedes echten Gewerksvereiners sei es, an der Verwirklichung dieser schönen Ideen mitzuarbeiten, mitzuarbeiten nicht

an einem Phantasiengebilde, sondern an der Besserung der Gegenwart, an der sittlichen, geistigen und materiellen Hebung des Arbeiterstandes. Der Schild der Gewerksvereine sei rein, und rein und ehrlich, auf neutralem Boden stehend, werde auch der Kampf um die Eringung höherer, geistiger und materieller Güter bleiben!

Von einer Besprechung dieses mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages, wurde, um den Eindruck nicht abzuwischen, abgesehen und einstimmig beschlossen, denselben als Broschüre drucken zu lassen und zu verbreiten.

Bei der Beratung der Statuten wurde zunächst ein Antrag auf Erhöhung des Gewerksvereinsbeitrags um 5 Pfg. nach längerer lebhafter Besprechung mit 18 gegen 3 Stimmen angenommen und sodann die Einführung einer neuen 40 Pfg.-Beitragsstufe beschlossen. Es haben nunmehr zu zahlen: Männliche Mitglieder über 17 Jahre mindestens 25 Pfg., nach freier Wahl 30, 35 und 40 Pfg., weibliche Mitglieder über 17 Jahre mindestens 20 Pfg., nach freier Wahl 25, 30, 35 und 40 Pfg.; jugendliche Mitglieder bis zu 17 Jahren mindestens 15 Pfennig, nach freier Wahl 20, 25, 30, 35 und 40 Pfennig; invalide Arbeiter und Arbeiterinnen, welche dem Gewerksverein weiter angehören wollen, 20 Pfg. bzw. 15 Pfg. Im Kopf des Gewerksvereinsorgans „Deutscher Textilarbeiter“ soll, um jegliche Verwechslung mit den gegnerischen Blättern zu vermeiden, „Süßlich-Dücker“ ausgeschrieben werden. Nicht unterstützungsberechtigten Mitgliedern werden die Beiträge zum Gewerksverein durch schriftlichen Antrag beim Ortsvereinsvorstand bis zu zehn Wochen erlassen. Durch eine Resolution wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch weibliche Mitglieder in die Vorstände der Ortsvereine gewählt werden. Wählbar ist jedes Mitglied, das mindestens 21 Jahre alt ist und dem Ortsverein seit drei Monaten angehört. Die Jugendabteilungen sollen nach den Grundsätzen der deutschen Gewerksvereine gefördert und möglichst den Ortsvereinen angegliedert werden. Dem Hauptauschuß der Jugendorganisationen in Berlin bewilligte man einen Beitrag von 100 Mark auf ein Jahr und beschloß, den aus der Jugendorganisation in den Gewerksvereinen Ueber tretenden freien Eintritt zu gewähren. Bei allgemeinen Betriebsbeschränkungen soll die Arbeitslosenunterstützung vom vierten Tage an innerhalb vier Wochen tageweise berechnet werden. Aus anderen Verbänden übergetretene Mitglieder, die als Abgeordnete zur Generalversammlung gewählt werden sollen, müssen dem Gewerksverein mindestens zwei Jahre angehören. Bei den Maßregelungsunterstützungen werden bei einem Beitrag von 15 Pfg. wöchentlich 6 Mark und bei 40 Pfg. Beitrag 21 Mark Unterstützung neu festgesetzt. Bei 20 Pfg. Beitrag beträgt sie jetzt 9 Mark, bei 25 Pfg. Beitrag 12 Mark, bei 30 Pfg. Beitrag 15 Mark, bei 35 Pfg. Beitrag 18 Mark wöchentlich infolge der Beitragserhöhung. Für Sonntage und gesetzliche Feiertage wird Unterstützung nicht gezahlt. Mitglieder, die von einer niederen in eine höhere Beitragsstufe über treten, erhalten die erhöhte Unterstützung erst nach Ablauf von zwölf Monaten nach der höheren Beitragszahlung. Wer sich bis 1. Oktober d. J. freiwillig in einer höheren Stufe versichert, erhält die erhöhte Unterstützung bereits nach dreimonatlicher Karenzzeit. Bei Mitgliedern, die nachweislich nach dem Auslande verzichen, wird die Reise- und Umzugsunterstützung bis höchstens zur Landesgrenze gewährt und kann am Orte der Abreise gezahlt werden. Die Botengelder wurden von 3 auf 5 Prozent erhöht, die Kassenrevisionen werden vom Vorständen und Schriftführer ausgeführt.

Eine rege Debatte veranlaßte die Frage der Bezirks-(Agitations-) Beamten. Man beschloß, neben den beiden bereits vorhandenen Bezirksbeamten in Rheinland-Westfalen (Weber) und Lausitz (Nisler), einen dritten Bezirksbeamten für Sachsen und Thüringen mit dem Sitz in Chemnitz anzustellen. Der Hauptvorstand wurde ferner ermächtigt, auch in anderen Bezirken Beamte anzustellen, wenn die Verhältnisse es erlauben. Das Abonnement für die „Deutsche Textilarbeiter-Zeitung“ wurde auf 2,50 Mark vierteljährlich erhöht. Die Verhandlungen bezw. Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses mit der österreichisch-böhmischen Textilarbeiterorganisation bezüglich des Uebertritts von dem einen in den anderen Verband sollen vom Hauptvorstand fortgesetzt werden; den beantragten Anschluß an eine internationale Textilarbeiter-Vereinigung lehnte die Generalversammlung jedoch ab.

Zum Vorort des Gewerksvereins wurde Spremborg mit 14 gegen 7 Stimmen, die auf Kottbus fielen, wiedergewählt. Die Gehälter für die drei geschäftsführenden Beamten wurden auf 1900 Mark mit jährlicher Steigerung von 50 Mark bis zur nächsten Generalversammlung, für die beiden Bezirksbeamten auf 1750 Mark mit gleicher Steigerung bis zu 1850 Mark, das Anfangsgehalt für neu anzustellende Bureaubeamte auf 1800 Mk., für neu anzustellende Bezirksbeamte auf 1700 Mark mit vorgenannter Steigerung festgesetzt. Einstimmig, unter Anerkennung ihrer bisherigen Tätigkeit, wurden wiedergewählt: Karl Ulrich als Vorsitzender und Redakteur; Kurt Reichelt als Hauptschriftführer und Max Bierhub als Hauptkassierer. Weiter wurden in den Hauptvorstand gewählt: Zum stellvertretenden Vorsitzenden der frühere Hauptkassierer Otto Schröder, ferner Gustav Karrah, Kupisch und Dommaische als Beisitzer; zu auswärtigen Hauptvorstandsmitgliedern Neef-Chemnitz, Stein-Apolda, Lenzen-Duisburg, Girndt-Berge-Forst, Wolf-Flauen, Frau Auguste Schulz-Sagan, Ernst-Rechhausen bei Augsburg, Berger-Kottbus; zu Erasmännern: Strahmann-Neuwerk, Rahn-Sagan, Voit-Münchberg, Volker-Chemnitz, Schubert-Hausdorf, Ritsche-Guben, Lehmann-Fintterwalde, Dellers-Krefeld; zu Hauptkassenrevisoren: Budich, Fluschiedt und Korsawitz-Spremborg. Als Zentralratsvertreter wählte man Bierhub und Kurt Reichelt, als Erasmann Ulrich; zu Verbandsstabsabgeordneten Frost-Fort und Reichelt-Spremborg, als Erasmänner Bierhub-Spremborg und Prinz-M-Glabach. Zu Bezirksbeamten wurden Weber und Nisler wiedergewählt und bezüglich der Agitationsleiter dem Hauptvorstand freie Hand gelassen.

Die nächste Generalversammlung wird im Jahre 1914 in Berlin abgehalten werden.

Nach dem Wunsch des Verbandsvorsitzenden Goldschmidt, daß die gefassten Beschlüsse zur weiteren aufsteigenden Entwicklung des Gewerksvereins beitragen möchten, und herzlichen Dankesworten des Vorsitzenden Neef-Chemnitz an den letzten Redner, wurde die Generalversammlung am Donnerstag abend 6¼ Uhr geschlossen.

## Vierte ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Frauen und Mädchen.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Die Verhandlungen des zweiten und dank der fleißigen Arbeit der Delegierten auch des letzten Tages der Generalversammlung wurde eingeleitet

durch einen geradezu glänzenden Vortrag von Fr. P a d r i s - S t e g l i b. Die in der gesamten Frauenbewegung bekannte inmpathische Mednerin behandelte in etwa eineinhalbstündigen hochinteressanten Ausführungen das Thema: „Die Arbeiterin als Hausfrau und Mutter.“ Die Mednerin führte ungefähr folgendes aus: Der Umwälzung im Wirtschaftsleben der Kulturvölker hat eigentlich erst in den sechziger Jahren auch eine Umwälzung in der Haushaltung, dem Gebiete der Frau, herbeigeführt. So groß der Unterschied auch zwischen der Zeit Luthers und der Zeit der Befreiungskriege gewesen sein mag, das Prinzip in Haushalt blieb in den 300 Jahren fast dasselbe. Es beruhte auf der Eigenproduktion. Da wurde Seife gefoch und Lichte gezogen, gewebt und gewonnen, und alle Bedürfnisse für den Haushalt möglichst selbst durch die Hausfrau und Töchter hergestellt. Erst die Siegeslaufbahn der Maschine rüttelte an diesen Einrichtungen. Sie führte zwar zum Kulturfortschritt, ohne aber die höhere Kultur allen zu bringen. Zunächst wurde das Spinnrad und der Webstuhl verdrängt durch die laufende Spindel und den mechanischen Webstuhl. Das brachte die Zeit des Weberelendes, das G e r h a r d Hauptmann so treffend zu schildern verstanden hat. Der Verdienst sank vielfach noch von zwei Silbergrochen pro Tag auf einen Silbergrochen bei 16 stündiger Arbeitszeit. Wenn auch die Nahrungsmittel noch billig waren und eine Familie in manchen Gegenden mit 5/8 Elbrg. für Kost die Woche über aus kam, so zeitigten doch die ungünstigen Verhältnisse ein Drängen in die Fabrik. Dort wurden freilich nur 40 bis 50 Pfg. für den Tag an Lohn gezahlt. Später stieg der Lohn, und eine Arbeiterfamilie brachte es auf 160 Taler Einkommen im Jahr. Das war aber weiter nichts als das Minimum zum Leben. Nun wurde auch die verheiratete Frau in die Fabrik gedrängt und die früher selbst produzierten Gegenstände mußten gekauft werden. Die gelegentliche Arbeit der Frau in der Landwirtschaft hörte für die Arbeiter auf; das Entstehen der Städte ohne Grün, ohne Garten beseitigte das Halten von Haustieren und das Selbstanbau von Kartoffeln usw. Die Frauen suchten zunächst Beschäftigung als Bäckerinnen, Aufwärtinnen, um die Existenzmittel für die Familie herbeizuschaffen zu helfen. Diese Beschäftigungswege waren bald überfüllt, und hinter dem Tore der Fabrik, da lauerte der Fabrikant auf die billige und willige Frauencarbeit. Die Hausfrau und Mutter wurde Fabrikarbeiterin, und dadurch entstanden all die Schäden für den Arbeiterhaushalt, für die Lage der Kinder und für das Familienleben im allgemeinen. Kein Arbeiterinnensklub trat der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte entgegen. Die Einrichtung der Fabriken geschah ohne jede Kontrolle, unregelmäßige Arbeitszeit, in den Wollwarenfabriken bis zu 16 Stunden, dazu Sonntags- und Nacharbeit. In dieser Zeit stieg die Säuglingssterblichkeit auf 65 Prozent der Geborenen in den Arbeiterkreisen. Die Zeiten brachten immer stärkeren Andrang der Verheirateten zur Fabrikarbeit. Im Jahre 1899 waren durchschnittlich 28 Prozent der Arbeiterinnen in Brechen verheiratet einschließlich der Geschiedenen und Verwitweten. Der Osten war dabei prozentual stärker beteiligt als der Westen. So kamen in Biegnitz 47, in Frankfurt a. D. 49, in Düsseldorf dagegen nur 13 und in Köln nur 11 Verheiratete auf 100 beschäftigte Arbeiterinnen. Die ungenügenden Löhne der Männer waren es hauptsächlich, welche die verheiratete Frau in die Fabrik zwangen. Daraus resultierten dann all die Schäden, die ein Herausreißen der Frau aus dem Hause bringen muß. Nach der letzten Betriebs- und Gewerbebeziehung ist in den Jahren 1895 bis 1907 wieder die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen von 1,5 auf 2,1 Mill. gestiegen. Während die Zahl der Ledigen und die der Verwitweten abgenommen hat, stieg die Zahl der Verheirateten erheblich. Von 100 beschäftigten Arbeiterinnen waren 1907 67,1 ledig, 11,6 verwitwet und 21,3 verheiratet.

Die verheirateten Frauen, die Fabrikarbeit leisten, besorgen nach einer aufgenommenen Statistik ihren Haushalt selbst zu 75 Prozent. Fleißig und aufopferungsfähig, wie nur Mütter sein können, sorgen sie auch nach Möglichkeit für die Kinder. Fräulein Dr. Otto hat in einem lehrreichen Buche festgestellt, daß der Haushalt solcher Familien nicht schlechter als der übrigen des Arbeiterstandes besorgt wird. Auch die Ernährung dieser Familien ist keine schlechtere dadurch. Die Frau hat zwei Berufe: Als Arbeiterin ist sie am Tage in der Fabrik, und in den Feierstunden daheim als Hausfrau tätig. Diese körperlichen Anstrengungen erschüttern aber die Gesundheit der Frauen, machen sie frühzeitig arbeitsunfähig und zeitigen Krank-

heiten, die die sonst widerstandsfähigere Natur der Frau ungünstig beeinflussen. Deshalb ist auch die Säuglingssterblichkeit in Deutschland immer noch so groß, obwohl infolge der privaten Wohltätigkeit manches für den Säuglingschutz geschaffen wurde. Deutschland steht hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit immer noch an dritter Stelle. Eine größere Säuglingssterblichkeit besteht nur noch in Rußland und in Oesterreich. Während in Norwegen nur 14 Prozent der Säuglinge sterben und auch in Deutschland z. B. nur 8 Prozent der Säuglinge sterben, die in Entbindungsanstalten und Säuglingshorten gepflegt werden, beträgt die Sterblichkeit der Säuglinge von Frauen, die in Fabriken arbeiten, bis 34 Prozent. Das Stillen der Kinder, die Sorgfalt der künstlichen Ernährung kann die arbeitende Frau und Mutter nicht durchführen. Hierzu kommt später die Frucht der mangelnden Erziehung der Kinder, die den ganzen Tag den zahlreichen Gefahren der Straße ausgesetzt sind. Sie bilden die Ursache der steigenden Kriminalität der Jugendlichen. Nur 26 Prozent der arbeitenden Frauen können ihre Kinder in geordnete Pflege geben. Erfreulicherweise ist die Zahl der Kinderbewahranstalten und der Krippen und Horte ständig im Steigen.

Aufgenommene Haushaltsrechnungen haben ferner auch die wirtschaftliche Notwendigkeit der Arbeit solcher verheirateten Frauen ergeben. Wenn auch ein Teil des Verdienstes der Frau für Pflege der Kinder usw. drauf geht, ein Ueberfluß ihres Arbeitslohnes als Zusatz für das Einkommen des Mannes verbleibt dennoch. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen die Frau in die Fabrik. Deshalb ist auch ein gesetzliches Verbot der Frauenarbeit ein Lüding. Die politischen Parteien, die dafür eintreten und eintreten, lassen sich auch dabei nicht etwa vom Idealismus leiten. Auch die Vertreter einer vollständigen Arbeitsfreiheit für Frauen haben nicht immer ideale Gründe dafür. Nur deshalb ist die langsame Entwicklung des Arbeiterinnensklubs zu verstehen. Als Dr. R a r S i r i d i im Jahre 1869 eine nur zehntägige Ruhezeit für Wäckerinnen zur gesetzlichen Einführung beantragte, wurde selbst dieser bescheidenen Wäckerinnensklub abgelehnt. Der Widerstand gegen eine Schutzgesetzgebung war selbst in liberalen Kreisen eine Zeitlang vorhanden. Man sträubte sich gegen die Unfreiheit, die solche gesetzliche Regelung zeitigt. Dagegen sagt uns Altmeyer Goethe mit Recht: Nur das Gesetz kann uns die Freiheit bringen! Deshalb forderten die Deutschen Gewerbevereine auch einen größeren gesetzlichen Schutz vor allem für die Arbeiterinnen. Diese Forderungen namentlich in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit sind nach und nach Allgemeinheit der gesamten gebildeten Welt geworden. Die Zusammenarbeit bürgerlicher Frauen und Arbeiterinnen im Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen zeigt dies deutlich. Die Mednerin beiprachte auch die Forderungen des Kongresses, die sich mit den Forderungen der Deutschen Gewerbevereine decken und im Programm des Vereins der deutschen Frauen und Mädchen zum Ausdruck kommen, in eingehender Weise. Diese Forderungen, die nicht nur für die Fabrikarbeiterinnen, sondern auch für die Heimarbeiterinnen bessere Verhältnisse erzielen wollen, müssen zur Durchführung kommen, denn sie sind Mindestforderungen. Referentin begründete diese Forderungen in einzelnen und hob besonders hervor, daß die Schäden der Heimarbeit noch größer sind als die, welche durch die Fabrikarbeit der Hausfrau entstehen. Die Feststellungen der Heimarbeiterkongresse bestätigen dies.

Die arbeitende Frau steht dem Manne gleichwertig als Produzentin gegenüber. Ihr Verdienst aber beträgt schätzungsweise 26 bis 40 Prozent des Verdienstes des Mannes. Hierzu kommt die unbezahlt geleistete Hausfrauenarbeit hinzu. Deshalb gebührt der Frau auch die Gleichberechtigung auf allen Gebieten. Wohl haben die Kämpfe einigen Fortschritt herbeigeführt. Sie sind aber zu klein. Die Entwicklung zum Industriestaat hat zweifellos die Industrie zum Aufblühen gebracht, das Volksvermögen bereichert und erhöht. Diese äußeren Güter sind teilweise erungen durch Opfer an Gesundheit von Leib und Seele der deutschen Frau, von deutschem Familienglück. Diefe keineswegs gewinnvollen Güter, ohne die ein Staat sich nicht gut entwickeln kann, müssen wieder zurückerobert werden. Die Frau muß zur Selbstständigkeit erzogen, zum freien Denken angehalten, zum freien Meinigen werden. Dafür müssen alle Frauen kämpfen, damit auch die Kinder einer besseren Zukunft entgegengehen. In diesem Gedanken müsse schon die Jugend erzogen werden, damit die Technik der Menschen nach Lust, Licht und Freiheit, nach den Gütern der aufsteigenden Kultur be-

friedigt werden könne. Deshalb das Streben und der Kampf für Befreiung der Lage der Arbeiterin als Hausfrau und Mutter, für den alle Kräfte eingesetzt werden müssen!

Begeisterter Beifall zeigte das Interesse und die Zustimmung der Delegierten und Gäste zu den padenden Ausführungen der gelehrtesten Referentin. (Schluß folgt.)

**Allgemeine Rundschau.**

Dienstag, den 25. April 1911.

Die Arbeitslosenversicherung in Württemberg hat in den letzten Jahren bei den Etatsberatungen mehrfach eine Rolle gespielt, ohne daß die Sache selbst eine Förderung erfahren hätte. Endlich im Jahre 1909 erklärte die Kammer in einem Antrage ihre Bereitwilligkeit, in einem Nachtragsetat Mittel zu Staatsbeiträgen an diejenigen Gemeindeverwaltungen zu bewilligen, welche die Unterstützung der Arbeitslosen in geeigneter Weise organisieren. Die bei der Beratung zum Ausdruck gebrachte Beschränkung, daß die Gemeinden aus eigener Initiative nichts unternehmen würden, hat sich leider als zutreffend erwiesen; denn irgend welche Staatsmittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung sind nicht beantragt worden. Infolgedessen wurde im Finanzausschuss von neuem angeregt, daß die Regierung endlich aus ihrer bisherigen Reserve heraustreten und sich mit den größeren Gemeinden in Verbindung setzen möge, um endlich die Arbeitslosenfürsorge einer Lösung entgegenzubringen. Da auch der Minister des Innern seine ablehnende Haltung aufgegeben hat, so ist endlich zu erwarten, daß auch in Württemberg die Frage der Arbeitslosenversicherung in ein anderes Fahrwasser gelangt und die Gemeinden ihre abwartende Stellung aufgeben. Den ersten Schritt hat die Stadt Stuttgart bereits getan, deren Verwaltung bei Aufstellung des letzten Gemeindefetats beschlossen hat, für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung 10 000 Mark auszumieten. Damit ist die Notwendigkeit gemeinschaftlichen Vorgehens in der Frage der Arbeitslosenfürsorge anerkannt, und es darf wohl erwartet werden, daß nicht allein die Hauptstadt Stuttgart weitere Schritte unternimmt, sondern auch vorbildlich wirkt für die übrigen Städte des Landes.

Der Verband für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau hielt am 19. und 20. April in Berlin seine erste Generalversammlung ab, die einen erfreulichen Fortschritt der Entwicklung und ein stetig wachsendes Verständnis für die Ziele des Verbandes erkennen ließ. Nicht allein Vertreter der angeschlossenen Organisationen waren anwesend, sondern auch die Regierung und zahlreiche Handels- und Handwerkskammern, Innungen, Fachschulen usw. hatten Vertreter entsandt. Die Tatfache allein läßt schon erkennen, welche Bedeutung man den Beiträgen des Verbandes beilegt. Und mit Recht! Denn immer mehr muß sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß die industrielle Frauenarbeit als Faktor im Wirtschaftsleben sich nicht mehr verdrängen läßt. Aufgabe muß es deshalb sein, das Anwachsen der ungelerten Frauenarbeit einzudämmen und dem Manne in der gelehrten Arbeiterin eine Arbeitsgenossin zu geben an Stelle der ungelerten, um jeden Preis arbeitenden und lohndrückenden Schmutzkonkurrentin. In diesem Sinne bewegten sich auch die durchaus gründlichen und lehrreichen Vorträge und Debatten. Die Referate über neuzeitliche Lehrlingsausbildung hatten Fortbildungsdirektor Scharf-Magdeburg und Ingenieur Stolzenbera, Leiter der Fachschule von Ludwig Löwe & Co. in Berlin, übernommen. Zwei weibliche Meister ergänzten sie vom praktischen Gesichtspunkte aus. Ueber Lehrlingenausbildung für gewerbliche Lehrlinge sprach Rektor Fagel-Berlin. In einer mit der Generalversammlung verbundenen öffentlichen Versammlung referierte der Syndikus der Berliner Handelskammer Dr. Ehlers über „Die Bedeutung der Damenkonfektion für Industrie und Handel“, und der Syndikus der Augsburger Handwerkskammer Dr. P a r p u s über „Lehrlingsausbildung, Gesellen- und Meisterinnenaufprüfung“.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle die ausgezeichneten Reden auch nur etwas ausführlicher wiederzugeben. Wer sich dafür interessiert, hat später Gelegenheit sie in Broschürenform zu lesen. Jedenfalls darf gesagt werden, daß die Tagung einen glänzenden und der Bedeutung der Sache würdigen Verlauf genommen hat.



**Arbeiterbewegung.** Der Kampf in der Chemnitzer Metallindustrie ist in ein neues Stadium eingetreten. Nachdem sie sich wochenlang mit aller Entschiedenheit dagegen gekämpft haben, sind die Unternehmer jetzt bereit, mit den Arbeitern zu verhandeln. Zu diesem Zwecke ist eine paritätische zehngliedrige Kommission gewählt worden, zu der auch Vertreter der Organisationen hinzugezogen werden sollen. — Der Streik der Arbeiterinnen im Glühlampenwerk von Bergmann in Berlin dauert unverändert fort. Es sind jedoch Verhandlungen mit der Direktion im Gange. — In Dortmund haben die Zinkhüttenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, da sich für die Fortführung des Kampfes die notwendige Dreiviertelmehrheit nicht mehr ergeben hat. — In der Oberlausitz verharren die Bergarbeiter im Streik. Die Unternehmer sind kampfhaft bemüht, Arbeitswillige heranzuziehen, haben aber bisher damit schlechte Erfahrungen gemacht. — An Ausdehnung zugenommen hat die Aussperrung der Textilarbeiter in Kosi. B. Es sind bisher davon etwa 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. Wenn letztere nicht nachgeben, wollen die Unternehmer die Aussperrung auch über das ganze Augsburger Industriegebiet ausdehnen. In diesem Falle würden mindestens 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Kampf hineingezogen werden. — An dem Kampf der Sagenarbeiter von Mannheim-Ludwigshafen sind durch Vermittlung des Gewerbegerichts vorliegenden Einigungsverhandlungen angeknüpft worden, die zurzeit nicht fortgesetzt werden. Ob sie von Erfolg gekrönt sind, ist noch zweifelhaft, da die Arbeitgeber große Zurückhaltung an den Tag legen. — Die Zuschneider, Bügler und Schneider der Konfektionsfirma Müller & Sellendorf in Zita u sind wegen andauernder Lohnverfälschungen in den Ausstand getreten. — Auf der Schindamerft in Danzig ist es zu einer allgemeinen Aussperrung gekommen. Die Betriebsleitung hat nämlich durch Maueranschlag die Arbeiter aufgefördert, Montag früh 6 Uhr durch Unterschrift sich zu verpflichten, jede ihnen übertragene Arbeit auszuführen. Da wegen Verweigerung von Streifarbeit schon etwa 100 Arbeiter ausgesperrt worden sind, haben die übrigen 1300 Arbeiter sämtlich ihre Unterschrift verweigert, worauf die Aussperrung erfolgte. Der ganze Betrieb der Schindamerft ruht. — Die Tarifbewegung im Kohlenrevier von Zeitz-Weißenfels-Altendburg nimmt ihren Fortgang. Von einem Entgegenkommen der Werkverwaltungen ist nichts zu spüren. Die einen behaupten, Tarifverträge seien im Bergbau unmöglich, andere halten eine Lohnerhöhung für undurchführbar, und ein dritter Teil erklärt, daß die im Tarifvertrage enthaltenen Forderungen zu hoch seien. Daraufhin haben die Arbeiter am Sonntag beschlossen, die Kündigung einzuzureichen. Ein umfangreicher Kampf im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ist danach unvermeidlich.

**Friede in den Schwefelkiesgruben bei Megegen.** Seit dem 1. Februar streikten die 500 Bergarbeiter der Gruben „Sicilia“ und „Zachleben“ um Verbesserung der Löhne. Die Knappen waren zur einen Hälfte in unserem Gewerbeverein der Bergarbeiter, zur anderen Hälfte im christlichen Gewerbeverein der Bergarbeiter organisiert. Auf Ansuchen unternahm unser Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt in Gemeinschaft mit dem Vertreter des christlichen Gewerbevereins Steger-Essen die Vermittlung, die zum Frieden führte. Am gestrigen Montag nachmittag waren die Belegschaften im Schützenhause zu Megegen versammelt, um die Berichte der Streikleitung und der Friedensvermittler entgegenzunehmen. Nach lebhafter Debatte, die zunächst noch sehr kriegerisch war, wurde mit allen gegen 15 Stimmen die Annahme der Vergleichsvorschläge beschlossen, so daß die Arbeit nach 12 Wochen des Kampfes nunmehr am 26. April wieder aufgenommen wird. Erreicht wurde u. a. die Zustimmung, daß die niedrigen Gehälter derart erhöht werden, daß der Durchschnittslohn mindestens den Satz von 5 Mark erreicht. Schichtlöhner, die weniger als 4 Mark verdienen, erhalten einen Zuschlag von 5 Prozent. Ueber die Festsetzung des Gehältes sind bessere Kartellen geschaffen worden, was besonders wichtig ist. Das Gehälte wird von den Gruben geliefert; doch haben die Arbeiter der Gruben „Sicilia“ hierfür 80 Pf. pro Monat zu bezahlen und für das Schleifen der Bohrer je 4 1/2 Pf. Auf der Grube „Zachleben“ mit härterem Abbau, der viele Bohrer kostet, zahlen die Arbeiter für Gehälte und Schleifen täglich 20 Pf. (früher 25 Pf.). Die Belegschaften hatten vorher ordnungsmäßig gekündigt. Nur etwa 40

Schichtlöhner waren ohne Kündigung in den Streik getreten. Diesen waren daher sechs Tage vom Lohn gefürzt worden. Der Betrag wird den Arbeitern zurückgezahlt. Alle Arbeiter werden wieder eingestellt; Abregelungen dürfen nicht stattfinden.

**Vertrafter Terrorismus.** Im September vorigen Jahres erhielt der Gewerkevereinskollege A. auf einem Neubau in Dresden als Zimmermann Arbeit. In der Frühstückspause trat ein dem sozialdemokratischen Zentralverbande angehörender Zimmermann B. an ihn heran und fragte ihn, ob er organisiert sei. Auf die Antwort unseres Kollegen, daß er Mitglied des Gewerbevereins sei, wandte sich B. an die „Genossen“ und sagte: „Mit einem „Siriach“ arbeite ich nicht! Kameraden, zieht die Konsequenzen! Ich höre auf; mit einem Schwarzen arbeite ich nicht.“ Auch dem Postler erklärte er dasselbe, der den Kollegen aufforderte, im Interesse des Friedens in den Zentralverband einzutreten. Als er das ablehnte, erhielt er seine Entlassung. Unser Kollege aber ließ sich diese Behandlung nicht gefallen, sondern verflagte den „Genossen“ B. der wegen Verurteilung und Ehrenkränkung auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung mit drei Wochen Gefängnis bestraft wurde. Die gegen dieses Landgerichtsurteil eingelegte Revision ist jetzt vom sächsischen Oberlandesgericht zurückgewiesen worden.

Für das Vorgehen ihrer „Genossen“ hat die sozialdemokratische „Leipz. Volksztg.“ kein Wort der Verurteilung. Im Gegenteil, sie knüpft an obige Mitteilung nur die Bemerkung: „Recht steht nur noch, daß die Gerichte entscheiden, freie Arbeiter haben unter allen Umständen mit Siriachen und ähnlichen Leuten zusammen zu arbeiten!“ Nein, es steht nur noch, daß die „Leipziger Volkszeitung“ erklärte, daß Arbeiter, die nicht den sozialdemokratischen Organisationen angehören, zum Singergedee verurteilt werden. Wie würde es wohl in einem Staate aussehen, in dem die Anschauungen der „Leipziger Volkszeitung“ die Vorherrschaft hätten. Das Justizhaus wäre dagegen das reine Kinderpiel!

**Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.** Ueber einen bedauerlichen Fall von Engberzigkeit einer Landesversicherungsanstalt berichtet die Breslauer „Volksmacht“ folgendes: Eine Zigarrenmacherin in Schweidnitz brach sich im Jahre 1907 den Arm, der vollständig steif blieb. Nach Ablauf der 26. Woche beantragte die Frau bei der Landesversicherungsanstalt Schließen Invalidenrente und Einleitung eines Heilverfahrens. Daraufhin erhielt die Frau die Krankenrente und wurde gleichzeitig in das Krankenhaus der Versicherungsanstalt zur Beobachtung überwiesen. Hier stellten die Ärzte fest, daß eine Heilung ausgeschlossen erweise. Die Frau gab sich jedoch damit nicht zufrieden, sondern ging in die Universitätsklinik in Breslau, wo festgelegt wurde, daß der Arm noch zu heilen sei, wenn er nochmals gebrochen würde. Nach Verhandlung mit den Verwandten wegen Tragung der Kosten, da die Landesversicherungsanstalt ein neues Heilverfahren ablehnte, begab sich die Frau in die Behandlung der chirurgischen Klinik, die den Erfolg hatte, daß die Frau wieder vollständig erwerbsfähig wurde. Mit Recht wurde ihr daraufhin die Rente entzogen. Nun aber stellte die Arbeiterin den Antrag auf Wiederstattung der Kur- und Verpflegungskosten im Gesamtbetrage von 114 M. Sie erhielt daraufhin ein Schreiben unterm 12. Oktober 1910 mit der Aufforderung, „quittierte Rechnungen über diejenigen Kosten einzureichen, welche infolge der Operation entstanden sind.“ In der Annahme, daß die Versicherungsanstalt diese Kosten bezahlen würde, sandte die Frau die Quittungen auch ein, erhielt aber schon zehn Tage später ein weiteres Schreiben, daß dem Gehalt auf Erstattung der Kosten nicht entsprochen werden könne, da die Versicherungsanstalt grundsätzlich nur für solche Heilverfahren eintreten dürfe, die von ihr selbst eingeleitet sind.

Wir stellen fest: Die Ärzte der Landesversicherungsanstalt haben sich bei der Beurteilung des Falles zunächst geirrt. Das kann passieren, ist aber sehr bedauerlich und kann für den Betroffenen, wie gerade dieser Fall zeigt, die schlimmsten Folgen haben. Ein Glid, daß die Frau sich noch an eine andere Stelle gewandt hat. Durch ihr energisches Vorgehen glückte es ihr dann, die Erwerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Davon hat zunächst sie selbst Vorteil, in zweiter Linie aber auch die Landesversicherungsanstalt, die sonst verpflichtet gewesen wäre, der Frau vielleicht zeitweilig die Invalidenrente zu zahlen. Angesichts dieser Tatsache ist es wirklich nicht zu verstehen, daß die Versicherungsanstalt auf ihrem formalen Recht besteht

und sich weigert, die veranschlagten Kosten an jene arme Frau zu zahlen. Es fällt schwer, ein so engberziges und bürokratisches Verhalten mit parlamentarischen Ausdrücken zu kritisieren.

**Finen volkswirtschaftlichen Kursus** veranstaltete in der Zeit vom 18. bis zum 23. April in Berlin der Bund der deutschen Bodereformer. Nicht weniger als 263 Zuhörer nahmen daran teil, davon 155 Personen aus Berlin und 108 Personen von auswärts; 2 Personen waren sogar aus dem Ausland gekommen. Die verschiedensten Stände waren vertreten: Akademiker, Lehrer, Privatangestellte und Arbeiter waren bemüht, gemeinsam ihr Wissen zu bereichern. Auch einige Gewerkevereinskollegen haben den Kursus mitgemacht. Die zahlreiche Beteiligung läßt am besten erkennen, wie groß der Drang nach volkswirtschaftlicher Aufklärung in unserer Volks ist. Und das ist gut so! Auch die Gewerkevereine haben ein lebhaftes Interesse an der Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse unter ihren Mitglievern. Deshalb wird ja auch in unseren Kreisen solchen Kursen jetzt eine viel größere Bedeutung beigelegt als früher. Im übrigen können auch die Diskutierklubs auf diesem Gebiete recht segensreich wirken. Vielfach erfüllen sie denselben Zweck, weil der Kreis kleiner ist, noch viel besser. Deshalb soll nicht verkannt werden, auch bei dieser Gelegenheit nochmals die Gründung und den Besuch der Diskutierklubs oder Volkswirtschaftskurse zu empfehlen. Wir müssen damit nicht nur uns selbst, sondern vor allen Dingen auch unserer Sache.

**Gewerkevereins-Zeit.**

**Altwaßer.** Die Ortsverbände der Deutschen Gewerkevereine Altwaßer und Waldenburg hielten hier selbst am Karfreitag eine gemeinsame kombinierte Sitzung ab. Der Vorsitzende des Ortsverbandes Altwaßer eröffnete dieselbe mit einer Begrüßungsansprache und erteilte sodann dem Verbandsführer Klein-Perlin das Wort zu seinem Vortrage über die Aufgaben der Ortsverbände. Mehrer befürwortete warm den Zusammenschluß der Ortsverbände Altwaßer und Waldenburg, wodurch allein es möglich sei, die großen Aufgaben zu lösen, die im Interesse der Gesamtorganisation der Gewerkevereine den Ortsverbänden obliegen. Die Zusammenfassung zu größeren Verbänden beruht auf den Beschlüssen der letzten Verbandstage. Schon unser verstorbenen Anwalt Dr. Wag Sirsch betrachtete es stets als Pflicht, die in einem Bezirke vorhandenen Ortsvereine zu Ortsverbänden zusammen zu schließen. Dadurch sollte eine Vereinigung zur händigen Pflege des Gemeinwohlstandes geschaffen werden. Unter Ausrichtung aller persönlichen Streitigkeiten sollen nach § 42 des Verbandsstatuts die Ortsverbände die Agitation für die Kräftigung und Ausbreitung der Gewerkevereine, die Gründung neuer Ortsvereine und die Abwehr von Angriffen der Gegner sich angelegen sein lassen. Sie sollen aber auch die örtlichen Gewerbe- und Arbeiterinteressen, insbesondere durch Errichtung von Arbeitsnachweisen, Rechtsauskunftsstellen, Arbeitersekretariaten, Verbandsberatern, gemeinsamen Lesezimmern und Vereinslokalen, sowie die Bildungsbestrebungen durch Veranstaltung wissenschaftlicher Vorträge und Unterhaltungsabende, sowie Gründung von Ortsverbands-Bibliotheken fördern.

Das belebende Element der Bewegung muß natürlich die Agitation sein, zu der sich Ortsverbände und Ortsvereine zusammenfinden müssen. Neben der Gründung neuer Vereine gilt es, die bestehenden zu unterhalten und zu stärken; gegnerische Angriffe müssen einmütig zurückgewiesen werden. Sind öffentliche Versammlungen notwendig, so sind sie gut vorzubereiten; wo sie ungewinnlich erscheinen, sind die Mitglieder und Freunde unserer Sache durch gut Vorträge aufzuklären. Die lokale Presse muß unserer Bewegung nutzbar gemacht werden, eventuell durch Gründung von Pressekommissionen. Zur Förderung der Gewerbe- und Arbeiterinteressen empfiehlt es sich Arbeitsnachweise zu errichten oder die Kommunen dazu anzuregen; auch die Gründung von Beratern darf nicht außer acht gelassen werden. Sehr wünschenswert ist ferner die Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle oder eines Arbeitersekretariats, wo in dessen die Finanzverhältnisse berücksichtigt werden müssen.

Den sozialen Wahlen muß der Ortsverbands-Ausschuß stets ein wachsame Auge widmen. Gewerbegerichts-, Krankenkassen-, Zünftegejellen-Ausschüssen dürfen ohne unsere Beteiligung nicht gemacht werden. Um Erfolge zu erzielen, muß möglichst auf Einführung der Verhältniswahl hingewirkt werden. Ist die Zeit der Wahl herangerückt, dann heißt es die nötige Organisation schaffen, das Vertrauensmännersystem ausbauen, sich die Mitwirkung aller Kollegen sichern und die Unterstützung durch die örtliche Presse erwirken. Aber auch die Finanzfrage spielt hier eine Rolle und an die Opferbereitschaft der Mitglieder muß appelliert werden. Besondere Bedeutung verdienen die Wahlen zu den Krankenkassen, da diese ja die Grundlage bilden auch für die Föderung der übrigen Aufgaben der Arbeiterversicherung.

Zur Förderung der Bildungsbestrebungen müssen die Ortsverbände bemüht sein, Volkswirtschaftsabende, volkswirtschaftliche Vorträge und dergleichen zu veranstalten, wodurch auch das Zusammenhörigkeits-

gefüllt gepflegt wird. Warm zu empfehlen ist die Er- richtung von Distriktsklubs, um Aufklärung und Bil- dung zu fördern. Unentgeltliche Lehrkräfte, die über Volkswirtschaft, Arbeiterklub und auch wissenschaftliche Fragen Vorträge halten, finden sich bei gutem Willen überall. Die Begründung von Bibliotheken sollen sich die Ortsverbände ebenfalls angelegen sein lassen. Das öffentliche Leben muss sich in den Ortsverbänden wieder- spiegeln. Nichts darf auf dem Gebiet der Sozialpolitik geschehen, ohne daß der Ortsverband daran beteiligt ist. Freilich können all diese Aufgaben nicht mit einem Male durchgeführt werden. Mit Ueberlegung, Sachkenntnis und ernstem Willen, unter gutem Rat vorwärts zu bringen, wird es in den meisten Fällen aber möglich sein, die Aufgaben im Interesse der Organisation und ihrer Mitglieder zu lösen. Die Lösung wird um so leichter sein, je größer und machtvoller der Ortsverband ist. Deswegen empfiehlt es sich auch hier, daß Baden- burg und Altosauer zusammengehen, weil sie durch die vereinte Kraft leistungsfähiger werden.

Reicher Beifall lohnte den Redner. In der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich namentlich die Kol- legen Kessler-Baldenburg, sowie Köthner und Müller-Breslau. Auch sie äußerten sich in zu- stimmendem Sinne. Bei der Abstimmung wurde die Verschmelzung der beiden Ortsverbände einstimmig be- schlossen. Nachdem Kollege Klein seine Freude und Anerkennung darüber zum Ausdruck gebracht und noch einmal zum feinen Zusammenhalten ermahnt hatte, wurde die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf die Deutschen Gewerbetreibenden geschlossen.

Alfred Lempe, Schriftführer.

8 Kärntens. In einer öffentlichen Gewerbetreibenden- versammlung nahm der hiesige Ortsverband zu zwei wichtigen Gesetzentwürfen Stellung, Kurpfuschergesetz und Hausarbeitergesetz nebst Heimarbeitergesetz waren die Fragen, die in gutbesuchter Versammlung erörtert wurden. Kollege Fries vom Verein der Deutschen Kaufleute referierte über das Kurpfuschergesetz. In seinen einfindigen Ausführungen beleuchtete der Redner den Entwurf, der namentlich einer Spalierkassen- Kommission vom Reichstag überwiegen ist, und der die Tendenz in sich trägt, das Volk vollständig dem Apothekermonopol auszuliefern. Der Regierungsent- wurf fordere nichts weniger als funktionlos schlechter- dings alles aus der Apotheke zu tun, was nur irgend die Natur hervorbringt und was auch nur im entferntesten ein Leben lindert, einen Körperleiden verhilft oder schmerzen zu lindern, das soll der Apotheke reserviert bleiben. Nicht nur Kränken, sondern auch Apparate und andere Gegenstände, die zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Krankheiten, Leiden oder Körper- schäden bei Menschen oder Tieren dienen, sollen nach dem Gesetzentwurf dem freien Verkehr entzogen und in die Apotheken geschleppt werden. Während die Kran- kenkassen sich bemühen, endlich das Apothekermonopol zu brechen, bringt die Regierung ein Gesetz ein, das allen Lebensinteressen des Volkes sohn spricht und die Tributpflicht gegenüber dem Monopol nur noch fester stampft. Gegen ein solches Attentat auf die Volksgesund- heit sowie das Volkswohl sei die schärfste Kritik am Platze.

Die darauf folgende Diskussion bewegte sich im Sinne des Referates und fand folgende Entschlie- ßung einstimmige Annahme:

„Der bis jetzt vorliegende Gesetzentwurf über das Kurpfuschergesetz bringt zweifelsohne große Nachteile und Schwabungen für die breiten Volksschichten, insbeson- dere für die Krankenkassen der Arbeiter, was seinen Grund darin hat, daß man diese Kreise bei der Be- ratung des Gesetzes nicht mit herangezogen hat. Die

Versammlung spricht deshalb das Verlangen aus, daß bei den weiteren Verhandlungen dies nachgeholt wird und besonders die Arbeiterkreise darüber gehört werden.“

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Hausarbeiterschaft und Heimarbeitertagung“ referierte Kollege Schnitzler. Der Heimarbeitertagung im Jahre 1904, die Berliner Heimarbeiterversammlung im Jahre 1906, sowie spätere Heimarbeiterversammlungen waren wohl die Ursache, die die Reichsregierung veran- lasste, die Hausarbeit durch ein besonderes Gesetz zu regeln. In ausführlicher Weise ging Redner auf die Zustände in der Heimarbeit und die dort üblichen Hungerlöhne an der Hand statistischen Materials ein. Auf die Lohnämter für die Heimarbeit in England und Viktoria hinwies, unterzog er den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung einer gerechten Kritik. Eine ernste, wirkliche Reform der Heimarbeit sei von diesem Gesetzentwurf nicht zu erwarten. Alle Wünsche der Hausarbeit seien in erster Linie zurückzuführen auf die niedrigen Löhne, die die jeder Organisation und jedes wirtschaftlichen Widerstandes unfähigen Hausarbeiter sich bieten lassen müssen, um nur Arbeit zu erhalten. Die Gesetzgebung dürfe nicht aus Scheu vor der Ein- führung eines neuen Prinzips die Hausarbeiter, welche sich auf der allerniedrigsten Kulturstufe in Mühe und ihrem Elend überlassen. Redner ging hierauf auf die Denkschrift, die die Oberösterrische Handelskammer über die Hausarbeit in Oberösterreich an den Deut- schen Reichstag gerichtet hat, näher ein und betonte, daß die Zustände der Handelskammer mit den wirk- lichen Verhältnissen der oberösterrischen Hausindustrie unvereinbar sind. Gerade die im Januar in Berlin stattgefundene Heimarbeitertagung habe erneut durch die in der Diskussion von Heimarbeitern geschilderten Verhältnisse gezeigt, wie traurig Elend in der Haus- industrie noch besteht. Nach eingehender Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die vom Ortsverband der Deutschen Gewerbetreibenden ein- berufene öffentliche Gewerbetreibendenversammlung, die auch von Heimarbeitern gut besucht ist, erklärt, daß der Ent- wurf des Hausarbeitergesetzes in der Kommissions- fassung durchaus nicht den Wünschen der Heimarbeiter entspricht. Insbesondere ist das Fehlen der staatlichen Lohnämter sehr zu bedauern. Vornehmlich ist die Auf- hebung der allgemeinen Negativpflicht sowie des obli- gatorischen Ausmaßes von Lohnämtern. Die Versamm- lung erwartet, daß der Reichstag obige Wünsche dem Gesetzentwurf einverleibt.“

### Verbands-Zeit.

#### Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewer- betreibenden (G. u. D.). Verbandsabend der Deutschen Gewer- betreibenden, Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 26. April, abds. 8 1/2 Uhr, Vortrag des Koll. Gleichauf über: „Brie- feschreiben“. Vorkab. Ergehen erw. Gäste will. Gewerbetreibenden-Abend (G. u. D.). Jeden Don- nerstag abds. 8-11 Uhr, Leitungshunde i. Verbandsbureau, der Deutschen Gewerbetreibenden (Greifswalderstr. 221/23). Abends 8-10 Uhr, Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23. Vortrag des Kollegen Schumacher: „Der deutsche Heimarbeitertag und seine ethische Bedeutung.“

seine ethische Bedeutung.“ - Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung Büttcherstr. 22. - Maschinenbau- und Metallarbeiter XX. Abends 8 1/2 Uhr Restaurant „Zur Hütte“, Ballplatzstr. 30. Bericht von der kombinierten Ausschüßigung. Vorkabtag für den General- und Zentralrat. Generalreferenten. - Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abds. 8-10 Uhr Jahlabend bei Stuhl, Bucherstr. 51. - Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Versammlung, F. D.: Gesell- schaftliches Monatsber. Bericht v. d. Kombinierten. Einziehung d. Bibliotheksbücher. Beschlußfassung über Herrenpartie und Vorkabtag zum General- und Zentralrat. - Maschinenbau- und Metallarbeiter. Abds. 8-10 Uhr Versammlung bei Rump, Jägerstr. 77. Gesellschaftliches. Bericht. Vortrag. Zeitungsfrage. - Maschinenbau- u. Metallarb. Wilhelmshub. Sonntag, 30. April, vorm. 110 Uhr, im Vereinslokal bei W. Schneider. Versammlung und Besprechung der Herrenpartie. Vorkabtag zu den Wahlen der Generalrats- mitglieder.

### Orts- und Regionalverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Don- nerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. - Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonn- abend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hasenlamp, Friedrich Wilhelmstr. Distriktsabend. - Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbureau, Rurfürststr. 29. Sitzung. - Eisenfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggen- kamps, Eisenfeld, Völsenstr. und Urdolungsstr. - Ede. - Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands- Vertreterversammlung, mittags 10 Uhr, im Vereinslokal G. Simon, Alter Markt. - Haaren b. Maastricht. Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Ludwig. - Halle a. S. (Ortsv.). Der Distriktsabend ist jed. legt. Sonn- abend i. Monat i. Kaffee-Kell. Gr. Brauhausstr. - Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, präz. in Büttmanns Hotel, Poststr. Distriktsabend. - Herzogen- weiler (Distriktskl.). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhr. - Köln (Ortsverband). Donnerstag, 4. Mai, in der Be- ziehung kombinierte Vertreter- und Vorstandssitzung stän- dige Ortsvereine. Tagesordnung: Die endgültige Rege- lung der Zeitungsfrage. Rassenricht. Festlegung der nächsten Ortsverbands- Versammlung. Leipzig (Gewerbetreibenden-Verbandsklub). Die Leitungshunden haben jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Ver- einslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzl. willkommen. - Erteln (Sängerchor der Gewerbetreibenden). Die Leitungshunden haben jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzl. willk. - Ziegel (Distriktsklub für Ziegel, Porzellan- und Steinindustrie). Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Hecker, Berlinstr. 88. Gäste willkommen. - Weiskensfeld a. S. (Vereinsabteilung der Gewer- betreibenden). Leitungshunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstr. 6. Besondere Gewerbetreibenden stets willkommen. - Weiskensfeld (Distriktsklub der Gewerbetreibenden). Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

### Wendungen bzw. Ergänzungen zum Adressen- verzeichnis.

Duisburg (Brauer). E. xromel, Schriftführer, Brauerstr. 170. E. Sanderhan, Kassierer, Wilhelmstr. 170. Königshütte Ob.-Schl. (Ortsverband). Reichel, Schriftführer, Edstr. 15.

## Anzeigen-Zeit.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Der Gewerkverein**  
Jahrgang 1910  
auf bestem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken  
**5, sonst 7 Mark**  
bei vorheriger Einsendung des Betrages.  
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.  
Bestellungen an den Verbandskassierer  
**R. Klein,**  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Jena (Ortsverband). Durch- reisende erhalten 75 Pf. Unter- stützung bei Carl Möller, Greif- gasse 2, Ede Oberlaengasse.  
Effen (Wuhr). Herberge zu Heimat. Arbeitsnachweis u. Ber- pflegungsstellen im Gewerbetreibenden- Bureau, Brothausstr. 53.  
Erfeld (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unter- stützung bei E. Stabenow, Mühlstr. 52.  
Weiskensfeld a. S. (Ortsver- band). Durchreisende Kollegen er- halten Unterstüßungsstellen beim Kollegen R. Vogt, Bucherstr. 7.

Pöfen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pf. Unterstüßung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereins- kassierern und bei Friedrich Gehrich, Berlinstr. 19.

Bromberg (Ortsverb.). Durch- reisende Gewerbetreibenden erhal- ten 75 Pf. Ortsgefährt bei den Ortsvereinskassierern bzw. beim Ortsverbandskassierer Kolleg- n Böttner, Bromberg-Prinzen- thal, Poststr. 8.

Hamburg (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterstüßung, 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer J. W. W. M. Altona, Al. Johannistr. 25 III und beim Kassierer der Maschinen- bauer Otto Seeb, St. Pauli, Eincolnstr. 6 I.

Preslau (Ortsverband). Die Unterstüßung an durchreisende Kol- len wird ausgehört beim Orts- verbandskass. Friedrich Wunder, Sternstr. 58.

Ladenscheid. Der Arbeitsnach- weis sowie Ortsverbandsgefährt befindet sich beim Sekretär Herm. Bartel, Köhlerstr. 88.

Erlich (Fabrik- und Handar- beiter). Durchreisende Gewerbetreibenden erhalten Abendbrot, Nachtlohn, Kaffee und Frühstück. Verpflegungsarten beim Kassierer G. Clausen, Koloniestr. 32.

Magen (Ortsverband). Durch- reisende Kollegen erhalten 1 M. Reiseunterstützung in dem Arbeiter- sekretariat Magen, Koalberstein- weg 71.

Sprottan-Eulau (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreibenden erhal- ten eine Unterstüßung von 75 Pf. beim Verbandskassierer Kollegen P. Schiener in Sprottan, Ologauerstr. 10. Arbeitsnachweis ebendasselbst.

Lippstadt (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüßung von 75 Pf. gewährt vom Kassierer S. Wiese, Lipp- stadt, Ostgadergasse 82.

Oberhausen (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstüßung im Bureau, Mühl- heimerstr. 42.

Edin und Wälsheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungsarten im Gewer- betreibendenbureau, Seeburgstr. 118 I.

Dirschau (Ortsverband). Durch- reisende Gewerbetreibenden erhal- ten eine Unterstüßung von 50 Pf. bei den betreffenden Ortsvereins- kassierern.

Jauer (Ortsverband). Durch- reisende Verbandskollegen erhalten Ortsgefährt bei P. Robelt, Hospitalplatz 6.

Obererzgebirgischer Ortsver- band, Eitz Schlettau. Unter- stüßung an wandernde Kollegen bei Ernst Böser jun. in Scheib- berg, Bergstr. 62.

### Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Gewerbetreibenden (Hirsch-Dunker)  
NO. 55, Greifswalderstr. 221-23  
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.  
Bersprecher: Amt VII, Nr. 4720.